

Datum: AntragstellerIn: SachbearbeiterIn: E-Mail: Telefon: Telefax:	27.11.2017 Raab, Tobias Simons, Julien fdp-fraktion@saarbruecken.de (0681) 905-1745 (0681) 905-1747	FDP/1325/17
Beratungsfolge und Sitzungstermine		
Gremium Finanz- und Liegenschaftsausschuss Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	Sitzungsdatum 07.12.2017 12.12.2017	Status nicht öffentlich öffentlich
Betreff: Änderungsantrag zum Haushalt 2018		
Beschlussvorschlag: Der Finanz- und Liegenschaftsausschuss berät die folgenden Maßnahmen vor. Der Stadtrat beschließt die folgenden Maßnahmen. 1. Sparmaßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> • Grundlegende Überprüfung Ämterstrukturen und stärkere Anpassung des städtischen Personalbedarfs Der Stadtrat beschließt, dass die Verwaltung eine Konzeption zur Zusammenlegung einzelner Stadtämter vorlegt. Da in den kommenden Jahren viele Amtsleiter in den Ruhestand versetzt werden, sollte das Einsparpotential bei verzichtbaren Amtsleiterstellen, bei deren Sekretariatsstellen und auch bei weiteren sächlichen Kosten genutzt werden. Der Stadtrat beschließt zudem, dass im Zuge dieses Konzepts eine stärkere Anpassung des städtischen Personalbestands erfolgen soll, indem in den nächsten drei Jahren noch jede dritte freiwerdende Stelle nicht neu besetzt wird. Die Besetzungen der Stellen in den		

Bereichen der Erzieher, Sozialpädagogen und der Feuerwehr sollen hiervon ausgenommen sein.

- Streichung der Stelle des Verwaltungsdezernenten und der Planstelle Sekretariat bei Ausscheiden des bisherigen Amtsinhabers

Der Stadtrat beschließt, dass bei Ausscheiden des bisherigen Amtsinhabers die Stelle des Verwaltungsdezernenten nicht mehr besetzt werden sollen. Bei Einsparung einer Verwaltungsdezernatsstelle können zudem die Planstelle der Sekretärin/des Sekretärs entfallen und weitere Einsparungen bei den sächlichen Ausgaben und bei den Mietkosten realisiert werden.

Einsparpotential	
2018	2019
40.000 €	160.000 €

- Nutzung des Einsparpotentials im Bereich Protokoll, Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit

Der Stadtrat beschließt, das Einsparpotential von Stadtamt 13 im Bereich Protokoll, Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit durch eine Stellenreduktion zu nutzen.

- Streichung der Stelle des Fahrradbeauftragten

Der Stadtrat beschließt, die Stelle des Fahrradbeauftragten zu streichen.

Einsparpotential	
ab 2018	ca. 50.000 €

- Kosten- und Flächenoptimierung Baudezernat

Der Stadtrat beschließt, dass von GMS in Zusammenarbeit mit dem StA 61 und der GIU ein Umzug der Verwaltungseinheiten aus dem Bürogebäude Dudweilerstraße in städtische Liegenschaften geprüft und gegebenenfalls vorbereitet wird.

- Auflösung des Friedhofsausschusses

Der Stadtrat beschließt, den Friedhofsausschuss aufzulösen und die Angelegenheiten auf den Ausschuss für Bau, Verkehr und Freiraum zu übertragen.

Einsparpotential	
ab 2018	ca. 2.000 €

- Übertragung der Aufgaben der Unteren Baubehörde auf den Regionalverband

Der Stadtrat beschließt, die Aufgaben der Unteren Baubehörde der Landeshauptstadt Saarbrücken auf den Regionalverband zu übertragen und diese aufzulösen. Dazu beauftragt der Stadtrat die Verwaltung unverzüglich Planungen einzuleiten und Gespräche mit dem Regionalverband Saarbrücken zu führen. Eine Umsetzung soll spätestens bis zum 31.12.2017 realisiert werden.

Einsparpotential	
ab 2019	1.000.000 €

- Einheitliches Controlling der Eigenbetriebe der Landeshauptstadt

Der Stadtrat beschließt, ein einheitliches Controlling der Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Saarbrücken zu schaffen. Durch eine entsprechende Zusammenlegung können einerseits Kosten gespart werden. Andererseits können hierdurch Fehlentwicklungen innerhalb der Eigenbetriebe früh erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen zentral und professionell durch die Verwaltung eingeleitet werden.

- Auflösung des Eigenbetriebes IKS

Der Stadtrat beschließt die Auflösung des Eigenbetriebes IKS und seine wenigen Pflichtaufgaben auf verschiedene geeignete Stadtämter bzw. Eigenbetriebe (u.a. GMS, Bürgeramt, Stadtamt 10) zu übertragen. Deshalb beschließt der Stadtrat den städtischen Eigenbetrieb IKS in einem noch zu bestimmenden geeigneten Verfahren aufzulösen und die nicht kommunalen Aufgaben zu privatisieren- Die Privatisierung weiterer Eigenbetriebe sind zu prüfen. Verlustbringende Eigenbetriebe, die keine Pflichtaufgaben erfüllen, müssen dementsprechenden aufgelöst werden. Dadurch kann der jährliche Verlust eingespart werden und die Verwaltung kann sich auf ihre kernaufgaben konzentrieren.

Einsparpotential	
ab 2019	ca. 2.000.000 €

- Keine neuen Grünflächen ohne finanzielle Sicherung von Pflegemaßnahmen

Der Stadtrat beschließt, dass die Verwaltung keine neuen Grünflächen schafft, ohne dass eine kontinuierliche Pflege und Erhaltung finanziell gewährleistet ist.

- Reduzierung der Gesamtkosten für Gutachten

Der Stadtrat beschließt, die Gesamtkosten für Gutachten drastisch zu reduzieren. Die Gutachtertätigkeiten sollen vermehrt verwaltungsintern erledigt und so das dort vorhandene Potential und Fachwissen genutzt werden.

- Einsparungen im Bereich Marketing und Werbemittel

Der Stadtrat beschließt, dass die Ausgaben im Bereich Marketing und Werbemittel auf ein verhältnismäßiges Maß gesenkt werden.

Einsparpotential	
ab 2018	20.000 €

- Mehr Ausgabendisziplin durch Verzicht auf unnötige Prestigeprojekte

Der Stadtrat beschließt, dass in Anbetracht der Haushaltsnotlage der Landeshauptstadt künftig unnötige Prestigeprojekte (beispielsweise Auf- und Umbau der Mese, ungehemmter Stadionsausbau, unrationale ideologisch geprägte Verkehrsprojekte etc.) keinen Vorrang mehr genießen dürfen. Dafür soll jedes Projekt kritisch auf seine Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit überprüft werden. Die Verwaltung berichtet in den Ausschüssen über die genaue Kosten-/Nutzenabwägung.

2. Zukunftsinvestitionen

Weltbeste Bildung

- Digitalisierung der städtischen Grundschulen und Förderung von inklusiven Maßnahmen an den städtischen Grundschulen

Der Stadtrat beschließt, die Digitalisierung der städtischen Grundschulen mit 100.000 € pro Jahr zu unterstützen.

Der Stadtrat beschließt, bauliche Maßnahmen, die der inklusiven Einbindung dienen, pauschal mit 200.000 € jährlich zu fördern. Dazu wird die Verwaltung aufgefordert mögliche Maßnahmen zu eruieren und den entsprechenden Gremien vorzulegen.

Darüber hinaus beschließt der Stadtrat ein Ausbauprogramm für die dringend benötigten Raumkapazitäten an den gebundenen wie auch offenen Ganztagsgrundschulen. Noch immer ist an vielen saarbrücker Grundschulstandorten der räumliche Ausbau unzureichend, sodass ein Programm für den Ausbau vorbereitet werden muss und die wichtigen Planungs- und Investitionsmittel bereitgestellt werden müssen. Dazu wird die Verwaltung aufgefordert mögliche Maßnahmen zu eruieren und den entsprechenden Gremien vorzulegen.

Digitalisierung der Grundschulen	+ 100.000 €
Inklusive Maßnahmen	+ 200.000 €
Ausbau gebundener und offener Ganztagsgrundschulen	+ 500.000 €

Kulturförderung für eine lebenswerte Stadt

- Förderungsmaßnahmen im Bereich Kultur

Das kulturelle Leben in der Landeshauptstadt Saarbrücken wird besonders geprägt und bereichert durch ein vielfältiges und breit aufgestelltes kulturelles Engagement. Dieses wird nicht nur die das Filmfestival Max Ophüls Preis oder durch das Festival Perspectives geleistet, sondern auch durch die Akteure der Freien Szene.

Der Stadtrat beschließt die Budgeterhöhung der Zuschüsse für das Max-Ophüls-Festival, der Freien Szene und des Kuba.

Max-Ophüls Festival	+ 70.000 €
Freie Szene	+ 50.000 €
Kuba	+ 25.000 €

- Institutioneller Zuschuss für das Theater im Viertel (TiV)

In den vergangenen Jahrzehnten wurde von den ehrenamtlichen Akteuren des TiV ein wertvoller kultureller Beitrag geleistet. So wurde insbesondere nicht nur die Vernetzung der Freien Szene gefördert, sondern auch die Bühne technisch wie organisatorisch bespielt. In den kommenden Jahren muss dieses verlässlich und nachhaltig institutionalisiert werden und daher muss ein Zuschuss in Höhe von 25.000 € gewährt werden.

- **Bessere Öffentlichkeitsarbeit für die kulturellen Angebote**

Nachdem im Frühjahr 2017 der Kakadu ersatzlos eingestellt wurde und später auch das Filmhaus-Magazin in einer ausführlichen Form nicht fortgeführt wurde, gelingt es nicht die interessierte Öffentlichkeit angemessen zu informieren. Generell muss festgestellt werden, dass im Vergleich zu anderen Großstädten die Information und Eigenwerbung des kulturellen Programmes zu schwach ausgestaltet ist.

Daher beschließt der Stadtrat, dass vonseiten des Kulturamtes eine ganzheitliche Konzeption vorgelegt wird, inwieweit eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit möglich ist. Dazu wird die Verwaltung aufgefordert mögliche Maßnahmen zu eruieren und den entsprechenden Gremien vorzulegen.

Die Mittel in Höhe von 20.000 € sind in den städtischen Haushalt 2018 dafür einzustellen.

Bürgerbeteiligung

- **Gebühren für städtische Hallen und Schwimmbäder**

Der Stadtrat beschließt den Verzicht auf die von der Verwaltung geplanten Gebührenerhöhungen für die Nutzung der städtischen Sporthallen und Schwimmbäder. Bevor eine Gebührenerhöhung beschlossen wird, soll die Verwaltung zunächst andere Sparpotentiale ausnutzen, um die Mehrbelastung für die ehrenamtlichen Vereine möglichst gering zu halten.

- **Einrichtung eines Jugendbeirats**

Der Stadtrat beschließt, einen Jugendbeirat der Landeshauptstadt Saarbrücken einzurichten, dem eine Summe von 10.000 € zur Wahrnehmung seiner Aufgaben zur Verfügung stehen soll. Dieses Gremium soll die Interessen und Belange der in der Landeshauptstadt Saarbrücken wohnenden Jugendlichen vertreten. Der Jugendbeirat entwickelt eigene Vorschläge und Ideen zur Verbesserung der Angebote an Jugendliche durch die Landeshauptstadt Saarbrücken und berät die Verwaltung bei der Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Sein Vertreter soll außerdem Anwesenheits-, Rede- und Antragsrecht im Ausschuss für Schule, Kinder, Jugend und im Stadtrat haben.

- **Seniorenbeirat**

Die dem Seniorenbeirat zur Verfügung stehenden Mittel sollen um 5.000 € auf eine Summe von 10.000 € erhöht werden.

Tierwohl

- Investiver Zuschuss für den Zoo (ZGS)

In den vergangenen Jahren wurde durch die Zooleitung sichergestellt, dass im Rahmen der städtischen Zuschüsse erfolgreich und nachhaltig agiert wurde und zusätzlich auch erste wichtige Investitionen angestoßen worden sind. Steigende Besucherzahlen zeigen, dass der Zoo sich als Besuchermagnet von in- und ausländischen Gästen stabilisiert hat und damit einer der meistbesuchten Attraktionen des Saarlandes ist. Um diese positive Entwicklung weiter voranzutreiben, sind weitere Investitionen erforderlich. Der Stadtrat beschließt einen zusätzlichen jährlichen Zuschuss in Höhe von 300.000 € zur Verfügung zu stellen.

- Förderungsmaßnahmen Wildpark

Der Stadtrat beschließt, das Förderungsvolumen des Wildparks auf 350.000 € anzuheben.

- Angemessene Förderung des Saarbrücker Tierheims

Der Stadtrat beschließt, das Förderungsvolumen des städtischen Tierheims um 50.000 € zu erhöhen.

- Schrittweise Reduzierung der Hundesteuer

Der Stadtrat beschließt die schrittweise Reduzierung der Hundesteuer. Die Hundesteuer hat sich zu einer städtischen Einnahmequelle entwickelt, die nur rudimentär zur Finanzierung von Leistungen für Hunde und deren Besitzer genutzt wird. Deshalb soll die Hundesteuer reduziert werden und der verbleibende Teil unmittelbar für Maßnahmen verwendet werden, die Hunden und deren Besitzer dienen (etwa umzäunte Hundewiesen, Hundetütenspenden etc.).

Investitionen und Verkehr

- Sanierung des Lehrschwimmbeckens Dudweiler

Der Stadtrat beschließt, das Lehrschwimmbecken in Dudweiler zu sanieren und so den Grundschulern im Rahmen ihres Schwimmunterrichts schnellstmöglich wieder zugänglich zu machen.

- Erneuerung der Bahnunterführung in der Fischbachstraße

Der Stadtrat beschließt im Rahmen der geplanten Sanierungsarbeiten eine Ausweitung des Tunnelzuschnittes der Bahnunterführung in der Fischbachstraße vorzunehmen, damit für alle Verkehrsteilnehmer und eine zufriedenstellende und nachhaltige Lösung gefunden wird.

Der Stadtrat beschließt, dass in den städtischen Investitionsplan für das Jahr 2020 eine Summe von 500.000 € zur Umsetzung eingestellt wird. Gleichzeitig wird die Stadtverwaltung aufgefordert zu eruieren, ob und wenn ja wie, in welcher Höhe Zuschüsse aus Bundes-, Lands- oder sonstigen Mitteln zu Gegenfinanzierung beantragt werden können.

- **Lärmschutz am Staden**

Der Stadtrat beschließt, dass in den nächsten Jahren priorisiert die Maßnahme „Lärmschutz am Staden“ an der A620 umgesetzt wird. Dazu wird die Verwaltung beauftragt auch externen Sachverstand in Form von Gutachten einzuholen, damit nach Jahren des Stillstandes zeitnah im Jahr 2018 eine Machbarkeitsstudie erstellt wird und im Jahr 2019 mit der Umsetzung der Maßnahmen begonnen werden kann. Daher beschließt der Stadtrat, dass eine Summe von 50.000 € eingestellt wird. Gleichzeitig wird die Stadtverwaltung aufgefordert zu eruieren, ob und wenn ja wie, in welcher Höhe Zuschüsse aus Bundes-, Lands- oder sonstigen Mitteln zu Gegenfinanzierung beantragt werden können.

Soziale Gerechtigkeit

- **Abführung von Gewinnen aus Verkehrsbußgeldern an wohltätigen Organisationen**

Der Stadtrat beschließt, dass Gewinnerlöse aus Verkehrsbußgeldern an wohltätige Organisationen abzuführen sind. Da Verkehrsbußgelder der Verkehrssicherheit dienen, stellen sie keine legitime Einnahmequelle der Verwaltung dar. Die Bußgelder sind abzüglich der entstandenen Verwaltungskosten an wohltätige Organisationen abzuführen.

- **Stärkung der ehrenamtlichen Vereinsarbeit in den Bezirken**

In den Bezirken wird von den vielen Vereinen ein hohes und nachhaltiges Engagement gezeigt. Dabei zeigt sich, dass die Mittelansätze seit vielen Jahren nicht erhöht wurden, die ehrenamtliche Arbeit aber in vielen Bereichen erschwert wurde (u.a. bei der Erhöhung der Gebühren für städtische Hallen und Schwimmbäder). Deswegen müssen die Haushaltsansätze von Zuschüssen an Vereine und Verbände, die durch die Bezirke vergeben werden, je Bezirk um 5.000 € erhöht werden.

- **Förderung jugendpflegerische Aufgaben in den Karnevalsvereinen**

Der Stadtrat beschließt, die jugendpflegerischen Aufgaben der Karnevalsvereine zusätzlich mit Mitteln in einer Höhe von 20.000 Euro zu fördern. Diese Projektmittel können bei der Verwaltung beantragt werden und werden im Laufe des Jahres vergeben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Tobias Raab
Stellv. Fraktionsvorsitzender
Finanzpolitischer Sprecher



Karsten Krämer
Fraktionsvorsitzender